

# Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Tageblatt erscheint als jedes Werktag; Monats-Sonntagszeitung.  
Bei Abholung in den Buchhandlungen der Stadt 1.90 RM., in den Kaufhäusern bei Reichsbank 1.90 RM., bei Bürgern im Städtebau 1.95 RM.,  
bei Biergarten im Kaufhaus 2.00 RM.  
Wochentheft 50 Pf., Sonntagsblätter 10 Pf., Correspondenzblatt 20 Pf.,  
Reichstagskonto 10 Pf., Telegraphen 50 Pf., Gemeindekonto 10 Pf., Postkonto 50 Pf., Telegramme: Tageblatt Frankenberger 50 Pf.

Abonnement: Das Frankenberger Tageblatt kostet 20 Goldmark, bis die 72. Ausgabe im Monat 1926. Nachher 20 Goldmark, kleine Ausgaben sind bei Aufgabe zu bezahlen. Die Nachdrucke und Vermittlung 1. Seite Sonderpreis. — Für schriftliche Schriften und  
für Presseartikel ist kein Bezug zu bezahlen. Bei geöffneten Kästen und im Brief-  
postamt sind Einschüsse noch freieschalter gestattet.

Dieser Platz enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannschaft Södra des Amtsgerichts und des Amtsgerichts zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa  
+ Notationsdruck und Verlag: C. & R. Rosberg (Inhaber Ernst Rosberg jun.) in Frankenberg zu Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert Frankenberg +

Nr. 44

Montag den 22. Februar 1926 nachmittags

85. Jahrgang

## Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

### Deutscher Reichstag

Berlin, 20. 2. In der Sitzung wurde nach der vom Steuerausschuss empfohlenen Gesetzesvorlage zur Vereinfachung der Lohnsteuer ohne Kompromiss in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso das deutsch-französische Handelsabkommen vom 12. Februar 1926.

Dann beschäftigte sich der Reichstag mit den Vorschlägen des Haushaltsausschusses über die Gewerbeleisten und Ausarbeiterunterstützung.

Capo soll die Unterstützungsätze in den Ortsräumen A, B und C mit folgender Wirkung erhöht werden, er: für alleinstehende Erwerbslose unter 21 Jahren um 20 Prozent, zweitens für alleinstehende Arbeitslose über 21 Jahren um 10 Prozent, drittens für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger, seien sie bereits oder später nachmehr unterstützt worden, ebenfalls um 10 Prozent.

In einer Entschließung wird die Reichsregierung erachtet, mit allem Nachdruck bei den Ländern dahin zu wirken, daß eine unverzügliche Einnahme der Erwerbslosenfürsorge belämpft und jede Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme wahrgenommen wird. Die Kurzarbeiterunterstützung soll für den 3., 4. und 5. ausgefallenen Arbeitstag den Tagesatz, den der Kurzarbeiter als Vollarbeitsloser erhalten würde, betragen. Über die Haushaltshaushaltungen berichtet der Sozialdemokrat Kühnauer.

Abg. Dohmann-Frankfurt (S.) bewarb sich die Verschlechterung der ursprünglichen Ausschreibungsbedingungen durch das Kompromiß der Regierungsparteien. Er empfiehlt einen Antrag seiner Fraktion, wonach die Unterstützungsätze für die Hauptunterstützungsempfänger um 30 Prozent, die Sonderkompromißsätze um 15 Prozent erhöht werden sollen.

Abg. Hartmann (Danz.) weist auf die hohen Materialpreise hin, durch die die Rohstoffarbeiten sehr verteuert werden. Der Export arbeitet als Vollarbeitsloser erhalten würde.

müsse gekämpft, die Kaufkraft gehoben werden. Abg. Frau Teutsch (Stz.) heißt hierzu, daß es den allseitsbekannten Erwerbslosen besonders schlecht geht; ihnen soll nun geholfen werden. Der Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande sei geradezu erschreckend. Hier müsse die Arbeitsfreude gehoben werden. Abg. Hennet (Danz.) begründet seinen Antrag, die Erwerbslosenunterstützung in wesentlich erhöhtem Maße in Leistungen, insbesondere in Roggen, Brot, Kartoffeln und Milch zu gewähren. Leider haben die Gemeinden bisher nur wenig Gebrauch von ihrem Recht zu solchen Maßnahmen gemacht, und die Regierung sollte ihren Einfluß auf die Gemeinden geltend machen, ohne die Unterstützung als solche irgendwie zu beeinträchtigen.

Reichsarbeitsminister Dr. Braun sieht zu, daß die in den Etat eingesetzten Mittel für die Erwerbslosenfürsorge zu gering sind, bis zur dritten Erfahrung soll eine Erhöhung vorbereitet werden. Abg. Schneider-Berlin (Dem.) tritt für das Kompromiß ein.

Gegen die Stimmen der Kommunisten, aber mit den Stimmen der Sozialdemokraten, wurde das Konsenskompromiß des Sozialpolitischen Ausschusses über die Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge angenommen.

Danach sollen die Unterstützungsätze in den Ortsräumen A, B und C sofort

für alleinstehende Erwerbslose unter 21 Jahren um 20 Prozent,

für alleinstehende über 21 Jahren um 10 Prozent,

für alle Hauptunterstützungsempfänger, seien sie 8 Wochen unterstützt worden, ebenfalls um 10 Prozent erhöht werden.

Die Kurzarbeiterunterstützung soll für den dritten, vierten und fünften ausgefallenen Arbeitstag den Tagesatz betragen, den der Kurzarbeiter als Vollarbeitsloser erhalten würde.

nicht denken, daß man im Lager unserer ehemaligen Gegner anders denkt.

So gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß die Soldaten am Rhein nicht zu lange schwelgen müssen, um die weitere Freiheit deutschen Bodens zu verhindern, um der so schwer getroffenen rheinländischen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, mit der ganzen Freude rheinischen Gefühls sich als Kinder eines freien Deutschlands zu fühlen, das in Frieden und gegenfeindlichem Verstehen mit der Welt zu leben gedenkt.

### Vocorno und das besetzte Gebiet

Getragene Auswirkungen der Vocorno-Verträge im Rheinland.

Rdln. Der Wirtschaftsausschuss für die besetzten Gebiete bestrebt infolge der vollzogenen Rücknahme der Kölner Zone seine Tätigkeit in seiner jetzigen Zusammensetzung und nahm eine neue Gruppierung für die besetzten Gebiete der 2. und 3. Besetzungszone vor. Aus diesem Anlaß fand im Kölner Rathaus eine Sitzung des Wirtschaftsausschusses statt, an der Reichsjustizminister und der Minister für die besetzten Gebiete Dr. Marx, der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, der Reichskommissar für das besetzte Gebiet, Freiherr von Gersdorff v. Simmern, der Kölner Regierungspräsident, Graf Adelmann und der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer teilnahmen.

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Geherrn Hagen, erklärte in einem einzelnen Beitrag an die schwere Zeit und die Leiden, die die rheinische Bevölkerung in den 7½ Jahren der Besetzung zu erdulden hatte. Er sprach die Hoffnung aus, daß es dem Reichskommissar gelingen werde, nach Möglichkeit die Leben der noch besetzten Zonen zu mildern und die Männer davon zu überzeugen, daß eine Beziehung auf die Dauer nicht zu ertragen und auch nicht notwendig sei, da die Deutschen gewohnt seien, ihren vertraglich übernommenen Verpflichtungen nachzukommen.

In dem Bericht des Wirtschaftsausschusses, den der Syndikus der Kölner Handelskammer erstattete, heißt es u. a.:

Das Ergebnis von Vocorno bedeutet für die besetzten Gebiete vorläufig insofern keinen Erfolg, als die Gegenfeinde nur äußernd an die Verweichung der sogenannten Rückwirkungen herantreten. Der Wirtschaftsausschuss hat daher die Reichsregierung dringend gebeten, alles daran zu thun, auf diesem Gebiete größere praktische Ergebnisse durch Verhandlungen zu erzielen. Es fordert auch in diesem Augenblick nachdrücklich, daß

Wirkung der Abmachungen von Vocorno und der dort gegebenen besonderen Sicherheitsgarantien die 2. und 3. Besetzungszone ebenfalls verändert werden und weiter, daß bis zur Ausführung dieses berechtigten Verlangens mit unzulässiger Verhältnismäßigkeit der Bevölkerungslärke wesentlich herabgesetzt und durch weiteren energetischen Abbau des Verordnungssystems des Rheinlandes alle die Freiheiten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens des besetzten Gebietes begrenzenden Verordnungen beseitigt werden.

### Befreiungsfest am Amtshaus in Bonn

Bonn, 21. 2. Sonntag nachmittags fand auf dem alten Zoll am Amtshaus eine kurze Feier statt, bei der Reichsaußenminister Dr. Stresemann sprach. Er feierte Amt als Vorbild deutscher Freiheitsimmes. Die Bedeutung solcher Männer besteht darin, die Persönlichkeit zu sehen, nach denen ein Volk leben mösse. Er erinnerte weiter an das Werk von Vocorno. Die Franzosen hätten hier endgültig auf ihre Jahrhunderte alten Traditionen verzichtet. Das sei ein Ereignis von weltpolitischer Bedeutung auf Jahrhunderte hinaus. Seine Rede klug aus einer Erinnerung zur Einigkeit und Einheit.

### Die Errichtung der Friedensmiete hinausgeschoben

Berlin, 20. 2. Der Steuerausschuss des Reichstages beriet heute über den Antrag, die Heraufsetzung der preußischen Miete von Reichs wegen auf 100 Prozent vom 1. April 1926 bis zum 1. April 1927 hinauszuschieben. Nach eingehender Erörterung wurde beschlossen, die für die Haushaltshöhe maßgebenden Vorlesungen, die am 1. April 1926 in Kraft treten sollten, insbesondere auch die Erhöhung der gesetzlichen Miete auf 100 Prozent erst am 1. Juli 1926 in Kraft treten zu lassen.

## Kurzer Tagesspiegel

In Paris finden zwischen dem russischen Botschafter Natowksi und der belgischen Regierung die Vorverhandlungen über die Annexierung Sowjetrußlands durch Belgien statt.

In der vergangenen Nacht ist in Antwerpen von Unbekannten ein Dynamitattentat verübt worden. In ein Hotel, das einem Deutschen gehört und nur von deutschen Gästen besucht wird, wurde eine Bombe geworfen. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

Die Finanzkommission des französischen Senats hat am gestrigen Sonntag das geforderte Finanzprojekt der Regierung gutgeheissen.

Graf Albroniandi, der neue italienische Botschafter für Berlin, ist aus Argentinien in Rom eingetroffen.

In München und Frankfurt fanden gestern entzündlich des Andreas Hofkrieges große Kundgebungen für Südtirol statt.

Die Hochwassergefahr im Rhein- und Moselgebiet ist besiegelt.

Die Firma Siemens & Halske hat von der japanischen Regierung einen 5-Millionen-Auftrag erhalten.

### Der Januarbericht der Deutschen Reichsbahngeellschaft

Berlin, 20. 2. Nach dem monatlichen Bericht der Deutschen Reichsbahngeellschaft trat die in der Regel im Januar zu erwartende Beliebung von Handel und Verkehr nicht ein. Darüber spiegelten sich die Folgen weiterer Betriebsstörungen und Konflikte, in einer rücksichtigen Güterverkehrsbelastung wieder. Der Januar wies eine etwa um zehn Prozent geringere Güterwagengestellung auf als der Vormonat mit der gleichen Anzahl von Arbeitslagen. Im Betrieb machten sich Hochwasser und Frost empfindlich bemerkbar. Der Personenverkehr war schwach. Im Personenverkehr wurden im Dezember 2817000 (im November 27146000) im Güterverkehr im Dezember 17148000 (im November 16889000) Zug-Kilometer geleistet.

Die Schließung des finanziellen Ergebnisses für Denjan ergibt wegen des Gangs definitorischer Jahresabschlüsse noch kein genaues Bild. Als vorläufiges Ergebnis werden geschätzt die persönlichen Ausgaben auf 239200000 Reichsmark, der Dienst der Revolutionschuldenverschreibungen betrug 49842000 RM. Die Höhe der übrigen Ausgaben läßt noch keine Schätzung zu. Die Einnahmen belaufen sich im Personenverkehr 98126000 RM, im Güterverkehr 231679000 RM. Die sonstigen Einnahmen 40125000 RM. Infolge der Schwierigkeiten im allgemeinen Wirtschaftsleben blieben die Verkehrsleistungen erheblich hinter den Erwartungen zurück.

### Reorganisation der kommunistischen Internationale

Moskau, 21. 2. Auf einer Konferenz der erweiterten Executive der kommunistischen Internationale wurde eine Neugliederung der Internationale beschlossen. Es wurde eine Spezialkommission unter Führung Trotzki gebildet, die den entsprechenden Entwurf ausarbeiten soll. Wie von zulässiger Stelle mitgeteilt wird, ist insbesondere eine Erweiterung der Kolonialabteilung und der Abteilung für den ferneren Osten geplant. Ferner wird die Propaganda in den Kolonien, die bisher von englischen und französischen Kommunisten betrieben wurde, von jetzt ab direkt von der Komintern geleitet werden. Auch hierfür soll eine separate Kommission gebildet werden, an deren Spitze der japanische Kommunist Nakayama stehen wird.

### Die belgisch-russischen Anerkennungsverhandlungen

Moskau, 21. 2. Nach Meldungen aus Paris sind nunmehr die Vorbereitungen zur Aufnahme der Verhandlungen zwischen Russland und Belgien in vollem Gang. Natowksi und Vandervelde sollen inoffizielle Vereinbarungen getroffen haben, die den Beginn der offiziellen Anerkennungsverhandlungen ermöglichen. Die erste Zusammenkunft der beiden Delegationen wird am 28. Februar am Quai d'Orsay stattfinden. Der Belgier Vandervelde wird in den nächsten Tagen mit Natowksi in Paris zusammentreffen. Auf russischer Wunsch werden sich Delegierte der belgischen Handelskammer nach Moskau begeben, um mit der Sowjetregierung unmittelbar Kontakt zu nehmen. Auch eine Reise Natowksi nach Brüssel ist geplant.